

## Abgeordnete und Bezirk wollen der IKWS bei Schulgebäude helfen und 311 Schulplätze retten

Die Freie Interkulturelle Waldorfschule Berlin (IKWS) ist vom Verlust ihres Schulgebäudes bedroht. Am 30. Januar waren deshalb Sandra Khalatbari (Bildungspolitische Sprecherin der CDU), Bettina Jarasch (Grünen-Fraktionsvorsitzende), Franziska Brychzy (Bildungspolitische Sprecherin der Linken), Oliver Igel (Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenick) bei der sozialintegrativen Gemeinschaftsschule zu Gast, um Wege zur Sicherung der aktuell 311 Schulplätze zu besprechen. Vielversprechend erscheint ein geplanter Schulneubau in der Nähe des S-BHF Plänterwald. Aufgrund der innovativen Bauweise wäre der Bau vergleichsweise schnell zu realisieren – wenn das Land sich in Höhe von 10% der vergleichenden Baukosten im öffentlichen Schulbau-Programm beteiligt.

Ursache der akuten Notsituation ist, dass Berlin als eines der letzten Bundesländer lediglich die Personalkosten freier Träger bezuschusst, nicht jedoch Gebäude- und Sachkosten. Die seit Jahren steigenden Sach- und Gebäudekosten können jedoch nicht mehr länger auf die Eltern abgewälzt werden. Über 20% der Schüler\*innen der IKWS leben von Transferleistungen, knapp 50% der Elternschaft verfügen nur über ein geringes Einkommen, ebenso viele haben einen Migrationshintergrund.

Über Jahre hinweg hatte sich die Schule um Gehör bei den jeweiligen Regierungskoalitionen bemüht – vergebens. Zu August 2028 läuft nun der Mietvertrag für den Grundschulbereich aus. Ohne erhebliche Investitionen, die von der Elternschaft nicht mehr alleine gestemmt werden können, ist der Vermieter nicht zu einer Verlängerung bereit. Die Klassen 8 bis 12 müssen sogar schon zu Ende 2026 ausziehen. Im Sommer 2028 soll dann die Grundschule folgen. Die aktuell 311 Schüler\*innen der IKWS müssten dann auf die überbelegten Einzugschulen verteilt werden – angesichts der berlinweit fehlenden 25.000 Schulplätze auch für Senats- und Bezirksverwaltung ein wenig erstrebenswertes Szenario.

Der Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) unterstrich die Notwendigkeit, die 311 Schulplätze im Bezirk zu erhalten. Bettina Jarasch (Bündnis 90 / Die Grünen) und Franziska Brychzy (die Linke) gaben zu bedenken, aus der Opposition heraus aktuell nur eingeschränkt helfen zu können. Sandra Khalatbari, bildungspolitische Sprecherin der CDU, sagte der sozialintegrativen Gemeinschaftsschule die Unterstützung ihrer Fraktion zu. Freie Träger seien ein unverzichtbarer Bestandteil der Berliner Schullandschaft. Es sollen nun kurzfristige Wege für den Erhalt der gefährdeten Schulplätze geprüft werden.

Ein der Schule aktuell in Erbpacht angebotenes Grundstück mit 15.000 Quadratmetern könnte hierbei den ersehnten Ausweg bieten. Fußläufig vom S-BHF Plänterwald soll auf eine Gemeinschaftsschule für 370 bis 390 Schüler\*innen entstehen. Inspiriert vom skandinavischen Vorbild verzichtet das „Interkulturelle Schuldorf“ in der Entwurfsplanung auf Flure und Treppen und fasst stattdessen mehrere kleine, mit Solarpaneelen versehene Flachbauten zu funktionalen Einheiten zusammen, die jeweils von Außen erschlossen werden. Ein Highlight ist die Sporthalle, die in den Abendstunden von örtlichen Sportvereinen genutzt werden könnte – denn an Sporthallen fehlt es in der Nachbarschaft.

Aufgrund der zeit- und kostensparenden Bauweise kann der gesamte Schulbau schon für rund 15 Millionen Euro realisiert werden. Falls sich das Land an diesen Kosten mit wenigstens 5 Millionen Euro beteiligte, versetzte es damit Banken, Stiftungen und Eltern in die Lage, den Hauptteil zu tragen. Nebenbei würde Berlin den Steuerzahler\*innen enorme Ausgaben ersparen. Für dieselbe Anzahl von Schulplätzen gibt das Land nämlich aktuell zwischen 50 und 100 Millionen Euro aus, wie man der Presse entnehmen konnte. Falls der Senat der IKWS seine Unterstützung versagt, muss er selbst 370 zusätzliche Schulplätze im Schulbau-Programm einplanen, dann aber voll finanzieren – angesichts der Haushaltslage eine kaum nachvollziehbare Entscheidung.

Die Freie Interkulturelle Waldorfschule Berlin wurde vor 10 Jahren als Bürger\*inneninitiative gegründet, um den politischen Forderungen nach einer stärkeren Öffnung der Privatschulen zu entsprechen und der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung mit einem innovativen pädagogischen Konzept entgegenzuwirken: Ergänzung der MINT-Fächer durch Praktische Fächer wie Handarbeit, Gartenbau und Werken, Türkisch und Arabisch als zweite Fremdsprachen, Einbeziehung unterschiedlicher Religionen und Feste, kein Notendruck oder Sitzenbleiben, Öffnung für einkommensschwache Haushalte durch einkommensblinde Zusage der Schulplätze.

Im Gegensatz zu althergebrachten „Privatschulen“, die auf ein in der Vergangenheit erworbenes Vermögen und hohe Schulgelder zurückgreifen können, muss die für alle Schüler\*innen öffentliche IKWS mit aktuellen Miet- und Baukosten sowie niedrigen Schulgeldern umgehen. Für Schüler\*innen, Eltern und Kollegium hängt deshalb viel davon ab, dass ihre Sorgen endlich Gehör finden, und die Bürger\*inneninitiative für ihr Engagement nicht etwa abgestraft wird, sondern durch eine verantwortungsvolle Entscheidung der regierenden Parteien die verdiente Unterstützung erhält.

**Wir sind es wert, für Berlin!**

Kontaktinformationen:

Johannes Mosmann

Freie Interkulturelle Waldorfschule Berlin  
Schnellerstraße 1-5  
12439 Berlin

030/23942606

[gf@ikws.de](mailto:gf@ikws.de)

<http://www.ikws.de>